



Weckruf für den Klimaschutz

Vier vordringliche Aufgaben der Bundesregierung

Angesichts der weltweit eskalierenden Klimakrise ist es höchste Zeit, dass die deutsche Regierung endlich wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Erderhitzung ergreift. Die Verwüstungen, die Hitzewellen und anderen Wetterextreme weltweit anrichten, lassen es nicht mehr zu, die Umsetzung der international verkündeten Klimaziele Deutschlands in Sonntagsreden vorzugaukeln, ohne die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Seit neun Jahren ist der Treibhausgas-Ausstoß in Deutschland nicht gesunken. Deutschland verfeuert mehr Braunkohle als jedes andere Land der Erde. Das international angekündigte Ziel, bis 2020 die Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, will die Regierung drastisch verfehlen. Und ohne entschiedene Weichenstellungen insbesondere in Bezug auf Kohle, Verkehr und Landwirtschaft in den nächsten Monaten sind selbst die im Koalitionsvertrag beschworenen Klimaziele für 2030 kaum noch zu erreichen. Seit Jahrzehnten wissen wir um die Folgen der Erderhitzung - und was dagegen zu tun ist. Es ist Zeit zu Handeln.

Die Bundesregierung hat jetzt vier vordringliche Aufgaben: Sie muss Sofortmaßnahmen zur Erreichung des 40%-Reduktionsziels auf den Weg bringen und die Transformation der Sektoren Stromerzeugung, Verkehr und Landwirtschaft entschieden vorantreiben.

Sofortmaßnahmen

Einerseits geht es um **Sofortmaßnahmen, um das verfehlt 2020-Ziel zumindest bis 2022 zu erreichen**. Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz sollte den Anfang machen und seinen Widerstand gegen die im Koalitionsvertrag angekündigte steuerliche Förderung des Klimaschutzes in Gebäuden und die notwendigen Klimaschutzvorgaben im Verkehrsbereich aufgeben. Und Energieminister Peter Altmaier sollte endlich zusagen, die Sonderausschreibung von acht Gigawatt Erneuerbaren Energien bis 2020 auf den Weg zu bringen. Der WWF Deutschland und Germanwatch halten es für erbärmlich, dass bislang nicht einmal die im Koalitionsvertrag zugesagten Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Zentral für das baldige Erreichen der 2020-Klimaziele aber ist, dass die Bundesregierung **den Auftrag der Kohlekommission so konkretisiert, dass durch den Rückbau von Kohlekraft bis 2022 die Gesamtemissionen tatsächlich um 40 Prozent zu senken sind**. Je mehr Emissionen kurzfristig in die Atmosphäre entlassen werden, desto schärfer müssen die künftigen Klimaziele sein, um die Erderhitzung noch begrenzen zu können.

Transformation der Sektoren Energie, Verkehrs und Landwirtschaft

Außerdem geht es **in den nächsten Monaten darum, die Rahmensetzung für die Transformation der Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftssektoren zu beschließen**, damit die Pariser Klimaziele in Deutschland in Reichweite kommen. Die entsprechenden Beschlüsse gilt es im kommenden Jahr - wie im Koalitionsvertrag angekündigt - in einem Klimaschutzgesetz zu verankern. Dabei darf sich Deutschland nicht erneut in die Tasche lügen: Bis 2030 steht Deutschland nur eine begrenzte Menge an Treibhausgasemissionen zu, die Wissenschaft spricht von CO₂-Budget. Dieses Budget einzuhalten, ist der notwendige Beitrag Deutschlands, um den globalen Temperaturanstieg unter der Großgefahrschwelle von "deutlich unter zwei Grad" und "möglichst unter 1,5 Grad" zu stabilisieren, wie im Pariser Abkommen beschlossen. Nur so lässt sich vermeiden, dass Hitzewellen und Extremwetterereignisse wie derzeit zur neuen Normalität werden.

Es gilt, den Klimaschutz in Deutschland und international mit neuer Entschiedenheit anzupacken. Gerade angesichts des Totalausfalls der US-Regierung schaut die Welt auf Deutschland als wirtschafts- und emissionsstärkstes Land der EU einerseits und Land der Energiewende andererseits. Die französische Regierung hält Deutschland seit Monaten die Hand hin, um gemeinsam in der EU eine dementsprechende Führungsrolle zu übernehmen. Wann wird die deutsche Bundesregierung diese Chance für den Kampf gegen die Klimakrise und für notwendige Investitionen in Europa ergreifen?

Stromerzeugung

Wissenschaftlich ist klar: Je später das 2020-Ziel erreicht wird, umso früher muss der Gesamtausstieg aus der Kohle erfolgen. Neben dem kurzfristigen Erreichen des 2020-Ziels geht es darum, in der Kohlekommission festzulegen, bis etwa 2030 den Ausstieg aus der Kohle bewältigt zu haben. Die klaren Rahmenseetzungen für den Ausstieg aus der Kohle gilt es mit ebenso klaren und belastbaren Rahmenseetzungen für die Bewältigung des Strukturwandels in den Regionen und in Bezug auf Arbeitsplätze zu begleiten. Die Bundesregierung muss endlich die Initiative Frankreichs und der Niederlande für einen europäisch-regionalen CO₂-Mindestpreis - gerade auch im Stromsektor - aufgreifen. Ein solcher gemeinsam mit europäischen EU-Partnern eingeführter, ergänzender CO₂-Mindestpreis stellt sicher, dass nicht dauerhaft die Steuerzahler, sondern schließlich die Verursacher des Klimawandels für den Strukturwandel zahlen. Durch ihn lassen sich außerdem Mehremissionen in Nachbarländern vermeiden und der Wust an Regelungen im Strombereich Strompreis und Bürokratie verringern.

Verkehr

Der CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors ist in Deutschland seit 1990 nicht gesunken. 27 Jahre deutsche und europäische Klimabeschlüsse sind spurlos am Straßenverkehr vorbeigegangen. Alle technischen Fortschritte wurden durch größere Autos und mehr technischen Schnickschnack aufgefressen. Im Flugverkehr sind die Emissionen sogar stark gestiegen.

Um das **Klimaziel 2030** im Verkehr erreichen zu können, müssen im Rahmen der EU anspruchsvolle spezifische CO₂-Grenzwerte für PKW vereinbart werden, die so gestaltet sind, dass sie den Übergang vom Verbrennungsmotor zur Elektromobilität bzw. Wasserstoff ermöglichen. Wenn jetzt nicht endlich die Weichen für den wichtigsten deutschen Wirtschaftssektor massiv in Richtung treibhausgasneutrale Antriebe gestellt werden, dann sind selbst die im Koalitionsvertrag als "unbedingt zu erreichend" markierten deutschen Klimaziele für 2030 nicht einzuhalten. Denn der Verkehr muss zur Zielerreichung laut Klimaschutzplan bis 2030 seine Emissionen mindestens um 40 bis 42 Prozent reduzieren. Ohne ein Umsteuern werden deutsche Premiumhersteller und Zulieferer zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Denn in den meisten der großen Automärkte weltweit - etwa China, Kalifornien, weite Teile Europas, Indien - sind die Weichen deutlich in Richtung CO₂-Neutralität gestellt. Das Autogeschäft und die deutsche Autoindustrie sind von China in besonderem Maße abhängig und diese Abhängigkeit steigt von Jahr zu Jahr. Zugleich gibt es dort Quoten, von Jahr zu Jahr deutlich mehr Elektroautos auf den Markt zu bringen. Auch beim LKW-Verkehr geht es um entsprechend ehrgeizige CO₂-Emissionsziele. Beim nationalen Flugverkehr geht es um ein Konzept, wie möglichst viel davon bis 2030 auf die Schiene verlagert werden kann.

Um die Klimaziele Paris zu erreichen und **bis etwa 2040 ein treibhausgasneutrales Verkehrssystem** in Deutschland zu etablieren, müssen jetzt die Weichen für eine Transformation gestellt werden, die das Auto als dominierendes Element des Personenverkehrs ablöst. Städte wie Bern, wo nur noch 20

Prozent der Verkehrsleistung mit dem Auto erfolgt, weisen hier den Weg. Der massive Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, der Eisenbahn und des Fahrradverkehrs sind dafür notwendig. Mit Frankreich gemeinsam können hier in den nächsten Monaten auch die notwendigen Impulse für den entsprechenden Ausbau der Infrastruktur bilateral und in Europa gesetzt werden.

Landwirtschaft

Die Massentierhaltung ist direkt und vor allem indirekt über Landnutzungsänderungen (vor allem durch Sojaimporte aus Südamerika und Palmöl aus Asien) und überdüngte Böden für den Großteil der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft verantwortlich. Die deutsche Landwirtschaftspolitik setzt auf Exporte von Fleisch und Milchprodukten in alle Welt. Sie setzt damit die bäuerlichen Betriebe hier einem ruinösen Preiswettbewerb um die billigste Produktion weltweit aus, der die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland in den Ruin treibt.

Die wichtigste Ursache von Lachgasemissionen, einem extrem starken Treibhausgas, sind Stickstoffdünger. Lachgas wirkt pro Masseinheit ca. 300-mal schädlicher auf das Klima als CO₂. Lachgas ist ein Zwischenschritt beim Abbau von Nitrat zu ungefährlichem Stickstoff, Wasser und Salzen. Nitrat stammt meistens aus dem weltweit verbreitetsten künstlichen Düngestoff Ammoniumnitrat, weitere große Mengen entstehen in Gülle.

Die nächsten Monate sind entscheidend für eine Wende, weg von der industrialisierten Tierhaltung hin zu agrarökologischen Regeln in der deutschen und europäischen Agrarpolitik. Zum einen muss unverzüglich die Viehdichte in chronisch nitratbelasteten Regionen gesenkt werden, wie dies schon in Dänemark, den Niederlanden und Frankreich geschehen ist. Dazu muss die **Flächenbindung der Tierhaltung binnen der nächsten zehn Jahre verpflichtend umgesetzt werden**. Betriebe der industrialisierten Fleischproduktion ohne zugehörige Futter- und Gülle-Flächen müssen der Vergangenheit angehören.

Um Dürren zu begegnen, sollte die anstehende Agrarreform das Risiko von Fehlernten reduzieren, indem sie etwa erosionsfördernde Monokulturen von Mais wirksam unterbindet. Staatliche Fördergelder sollten an die Bedingung geknüpft werden, mindestens drei bis vier verschiedene Feldfrüchte pro Jahr (unter Einbeziehung von luftstickstoffbindenden Pflanzen) anzubauen, um Risiken zu verringern, Stickstoffdünger einzusparen und den Humusaufbau zu fördern.